

"TTIP vor Ort - Auswirkung auf Kommunen und Bundesländer" – darüber wurde im SKZ Burg diskutiert

TTIP bedeutet Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen. Ergebnis der Verhandlungen soll ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen der Europäischen Union und den USA sein. Seit dem Sommer 2013 werden die genauen Vertragsbedingungen ausgehandelt. Im Namen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten führt die EU-Kommission die Verhandlungen. Zum Abschluss soll es noch 2015 kommen– also vor den Bundestagswahlen und Frau Merkel kann dann unbeschadet in den Wahlkampf gehen, denn da ist ja auch schon alles passiert.

Grundlage für dieses Papier bildet auch CETA. Dies ist ein Abkommen mit Canada , der EU den USA. Dieser Vertrag ist bereits öffentlich.

Wie kann man TTIP und CETA erklären? Seit Monaten findet man diesen Begriff in allen Medien. Es plätschert am Normalbürger“ eigentlich vorbei. Ist auch nicht verwunderlich, da alles geheim verhandelt wird und der Mensch, den es im Resultat, nach dem Umsetzen des Abkommens betrifft, steht nachher vor der Frage, „Warum habe ich nicht schon früher etwas dagegen getan?“.

So einfach kann man sich diese Frage aber auch nicht stellen. Der Verhandlungsprozess wird als intransparent kritisiert. „Die Verhandlungen sind absolut undemokratisch. Erst nach massivem Widerspruch aus unterschiedlichen Gremien der Politik, Wirtschaft, Kultur und anderen, können jetzt **schon** etwa 250 Personen im Europaparlament die Unterlagen einsehen – nicht ändern oder wirklich mitdiskutieren – es geht nur zur Kenntnis und ist in englischer Sprache verfasst. Das bedeutet, alles muss in „Amtsdeutsch“ angepasst werden, jedes Land mit seinen Gesetzlichkeiten muss beachtet werden. Aber das große Problem ist unter anderem die Tatsache, dass zum Beispiel die USA, Standards und DINs gar nicht anerkennen, weil sie sie auch gar nicht kennen oder kennen wollen.“, so Czeke zu Beginn der Diskussion. Fazit des Vertrages ist eigentlich - Sinkende Verbraucher- und Umweltstandards bedeutet das Transatlantische Freihandelsabkommen – so sehen es die Kritiker. Die Befürworter stehen auf dem Standpunkt- Wachstumseffekte für Wirtschaft und Arbeitsplätze. Über Pro und Contra wurde diskutiert. Hauptkritik von Beiden Referenten: Die Kommission handelt im Alleingang und die Parlamentarier können nur über das Gesamtpaket am Ende abstimmen.

Im Rahmen einer PP-Präsentation wurden durch Harry Czeke, MdL, Sprecher für Europapolitik und die Referentin für Europapolitik, Linda Granowske (Die Linke), einige Zahlen und Fakten vorgestellt. -Eine unabhängige Studie aus den USA, hat sich mit den Folgen des TTIP beschäftigt. Das Ergebnis: 600 000 weniger Arbeitsplätze in der EU, weniger Steuereinnahmen für die EU und ein Einbruch ihrer Wirtschaftsleistung.

" Unternehmer, große Firmengruppen sitzen mit am Verhandlungstisch, Lobbyisten nehmen massiven Einfluss, während Verbände oder nichtstaatliche Organisationen nur angehört werden", so Linda Granowske nach Gesprächen in Brüssel mit Abgeordneten verschiedener Parteien.

Aus dem was bisher an die Öffentlichkeit gedrungen ist, gehen 3 große Problembereiche aus, und könnten Realität werden, so Czeke:

1. Sinken der Standards für den Verbraucher und die Umwelt:

Handelshemmnisse können abgebaut werden, sprich Angleichung der Standards der Verhandlungspartner. Darunter fallen genmodifizierte Lebensmittel, Hormone, Emissionen

und Chemikalien. Die USA arbeitet mit anderen Regeln als in der EU. Beispiele gibt es ausreichend. Nicht nur das „Chlorhuhn“. Die Bundesregierung und die EU-Kommission steht aber auf dem Standpunkt – wir behalten unsere Standards und lassen uns da nicht reinreden. Doch die Realität sieht doch jetzt schon anders aus. Beispiel: Zigarettenindustrie in den USA klagt auf Grund des Hinweises, das Rauchen ungesund ist und schon gibt es eine Milliardenklage und – sie gewinnen.

2. Schiedsgerichtsbarkeit ohne demokratische Strukturen

O.g. setzt sich fort - Unternehmen setzen bei Verstößen gegen die Vertragsregeln Schadensersatz durch. Für Investoren ist eine Schiedsgerichtsbarkeit geplant, nicht für die Kommunen. Das kann bedeuten, Kommunen setzen ihre Standards in verschiedenen Bereichen so niedrig an, das bei Ausschreibungen demzufolge auch amerikanische Investoren sehr große Chancen haben und die heimische Industrie „Baden“ geht. Aber die Kommission erklärt auch hier, dass bestehende nationale und europäische Gesetze Bestand haben nicht durch das Schiedsgericht angegriffen werden können. Dieses besteht im übrigen aus 3 amerikanischen Rechtsanwaltskanzleien.

3. Private Investoren könnten mit dem Abkommen Verträge in den Kommunen in den öffentlichen Dienstleistungen aushebeln:

Beispiele wären kommunale Unternehmen wie Stadtwerke, Wohnungsbaugesellschaften, Sparkassen, Wasserversorgung: Konkret heißt es dann: Ein privater Konzern sagt, das kann ich auch, dann wären die öffentlichen Dienstleistungen beklagbar. Kommunale Hoheitsrechte können durch einklagbare Privatisierung von kommunalen Unternehmen kaputt gemacht werden und somit auch Grundrechte von Menschen in den Kommunen", so Czeke und Granowske. Aber auch hier wieder – die EU-Kommission- die Daseinsvorsorge ist sicher gestellt.

Darunter fallen aber auch Bereiche der Kultur, Bildung, des Sports und vieles andere mehr.

Im Rahmen der Diskussion wurden durch die Gäste auch Fragen nach der rechtlichen Bewertung von Landesgesetzen und Pflichtaufgaben gestellt. Gelten diese dann noch oder müssen Bundesgesetze jetzt erhalten obwohl jede Region sein eigenes Merkmal in bestimmten Bereichen hat?

Ergebnis der Diskussion – den Menschen muss TTIP näher gebracht werden, um eingreifen zu können, um zu sagen, so nicht mit unseren Errungenschaften für den Menschen, die Tiere uns unsere Umwelt. Natürlich ist auch die finanzielle Seite betrachtbar, wenn ich 1 kg Fleisch aus dem Geschäft für 5,00 Euro kaufe oder gehe zu meinem Händler des Vertrauens und bezahle dort 10,00 Euro. Das ist aber marginal gegenüber dem, was uns zukünftig erwarten kann.

Die Anwesenden Diskussionspartner zeigten sich beeindruckt und werden die Thematik TTIP zukünftig kritisch betrachten und vor allem sich weiter informieren. Das Angebot zu weiteren Gesprächen liegt natürlich von Harry Czeke und Linda Granowske vor.